



Das Vertrauen der Bevölkerung in Verwaltung und Politik ist seit Jahren im Sinken begriffen. Dies liegt nicht nur an den vielfältigen externen Krisen und Herausforderungen. Die österreichische Verwaltung hat ihr früher hohes Niveau nicht halten können. Dies beeinträchtigt ihr qualitatives Funktionieren, und damit auch ihre demokratische Akzeptanz mit negativen Auswirkungen auf die Perzeption der Politik durch Medien und Bevölkerung.

Diese Defizite wurden hervorgerufen durch die zunehmende Besetzung von Leitungsfunktionen nach parteipolitischem Kalkül, eine Abschottung der politischen Ebene von der Verwaltung (auch durch übergroße Ministerkabinette), eine operative Übersteuerung und strategische Untersteuerung, Qualitätsverluste im Service und letztlich durch all diese Faktoren eine Demotivation des Personals.

Die Qualität der tagesaktuellen Verwaltung und Politikberatung leidet darunter. Viel gewichtiger jedoch sind die Defizite in den Bereichen Krisenprävention, Krisenmanagement und Zukunftssicherung. Je rascher sich unser Umfeld geopolitisch, technologisch und klimatisch ändert, desto kompetenter muss die Politik in der Lage sein, zu agieren.

Dafür benötigt sie eine kompetente, bewegliche, weltoffene, lernende, selbstbewusste und dem Wohl der Republik verpflichtete Verwaltung.

Unsere zentralen Empfehlungen für eine bessere österreichische Verwaltung lauten:

- Anstelle der gegenwärtigen Generalsekretär:innen tritt, wo dies erforderlich ist, eine Unterstützung der Bundesminister:innen in der Steuerung der Ressorts durch Staatssekretär:innen.
- Rückführung der ausufernden „Parallelverwaltung“ aus überdimensionierten Ministerkabinetten; Einführung klarer überprüfbarer Qualitätserfordernisse und eines Verhaltenskodex für Kabinettsmitarbeiter:innen und leitende Funktionen.
- Objektivierung und Transparenz bei Aufnahmen und Beförderungen im öffentlichen Dienst durch eine unabhängige Stelle.
- Für alle Leitungs- und Spitzenfunktionen der Bundesverwaltung werden verbindliche, wissenschaftlich begleitete Führungslehrgänge mit genau definierten Zugangs- und Prüfungsverfahren geschaffen. Deren Absolvierung wird zur Voraussetzung für eine Bewerbung und Ernennung bei Leitungsfunktionen.
- Aufbau einer strategischen Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt zur Unterstützung der Regierung durch Lage- und Umfeldanalysen, Vorschläge für strategische Ziele.
- Systematische Erarbeitung und Kommunikation von Zielen, Strategien und Maßnahmen zur Zielerreichung. Systematische Einbindung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Länder- und Gemeindevertreter in Strategieentwicklung.
- Abschirmung des Krisenmanagements von tagespolitischer Intervention, lernendes Krisenmanagement durch dessen laufende Beobachtung, Evaluierung und Optimierung.
- Verbesserung der Transparenz von Entscheidungsfindungen durch lückenlose und verpflichtende Dokumentation und Nachvollziehbarkeit.
- Im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Investitionen in Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Wissenstransfer in allen Bereichen der Digitalisierung, zentrale Steuerung der Digitalisierung auf Bundesebene.

Unsere vollständigen Forderungen sind unter www.bessereverwaltung.at abrufbar.